

Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Rosi Steinberger u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Reptilienauffangstation München

(Drs. 17/10662)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Ehe ich der nächsten Rednerin das Wort erteile, kann ich Ihnen mitteilen, dass der Antrag auf namentliche Abstimmung zu jedem der drei Anträge zurückgezogen worden ist, sodass wir danach in dem bekannten Verfahren summarisch abstimmen können, wenn damit Einverständnis besteht. – Jetzt hat Frau Kollegin Steinberger für die Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN das Wort. Bitte schön.

Rosi Steinberger (GRÜNE): Herr Präsident, sehr geehrte Frau Ministerin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Reptilienauffangstation in München ist einzigartig. Sie ist in Süddeutschland die einzige Einrichtung, die Exoten aller Art aufnimmt. Dazu gehören nicht nur Reptilien, wie der Name der Station sagt, sondern manchmal auch Säugetiere, die in normalen Tierheimen nicht unterkommen. Die Reptilienauffangstation ist derzeit in den Räumen der LMU beheimatet. Dort kann sie aber nicht mehr lange bleiben.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

– Vielen Dank! – Die LMU hat signalisiert, dass sie die Räume bald selber braucht. Darüber hinaus sind die Tiere und auch die Menschen dort sehr beengt untergebracht. Ich habe mir die Station einmal angesehen und war beeindruckt, unter welchen Umständen dort hervorragende Leistungen erbracht werden. Bis unter die Decke sind dort Aquarien und Terrarien gestapelt. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind an der Grenze ihrer Leistungsfähigkeit angelangt

Welche Leistungen werden dort erbracht? – Die Auffangstation nimmt zum Beispiel Tiere auf, die vom Zoll, von der Polizei oder von den Veterinärämtern beschlagnahmt wurden. Damit erfüllt die Reptilienauffangstation auch staatliche Aufgaben. Darüber hinaus schulen die Expertinnen und Experten der Station Feuerwehrleute, Polizisten und Veterinäre. Damit steht also außer Frage – und ich meine, Sie stimmen mir darin auch zu –, dass diese Station notwendig ist und in ihrem Bestand gesichert werden muss.

Wie sieht es derzeit aus? – Ein Grundstück wäre vorhanden. Der Kollege Zierer hat es schon erwähnt. Dieses Grundstück kann sich der Verein, der die Auffangstation trägt, auch leisten. Für einen Neubau aber fehlt das Geld.

Es ist schon richtig: Die Station ist schon bisher vom Freistaat mit einer Summe von etwa 300.000 Euro pro Jahr gefördert worden. Das ist nicht wenig, das wollen wir auch nicht verschweigen. Dieser Summe steht aber auch ein sehr großer Aufwand gegenüber. Allein der ganz normale Betrieb der Station kostet etwa eine Million Euro im Jahr. Jetzt geht es um einen notwendigen Neubau. Diese

Investition lässt sich ohne staatlichen Zuschuss nicht verwirklichen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, da ist der Freistaat in der Pflicht.

(Beifall bei den GRÜNEN und des Abgeordneten Herbert Woerlein (SPD))

Sie haben es auch schon einmal so gesehen. Ich möchte daran erinnern, dass es auch aus der CSU-Fraktion schon einmal deutliche Signale für die Unterstützung eines Neubaus gegeben hat.

(Susann Biedefeld (SPD): Genauso ist es!)

Zwischenzeitlich gab es aber einen Rückzieher, weil die Kosten als zu hoch erschienen. Es stimmt: Man kann sicher an der einen oder anderen Stelle sparen, aber nicht an den Haltungsbedingungen für die Tiere; denn die sind gesetzlich vorgeschrieben.

Unserem Berichtsantrag wurde im Umweltausschuss mit der Maßgabe zugestimmt, dass neue Pläne auf den Tisch kommen müssen, die das Projekt deutlich billiger machen und die eventuell in modularer Bauweise ausgeführt werden können.

(Susann Biedefeld (SPD): Die liegen dem Ministerium inzwischen vor!)

Deshalb meine Frage an das Umweltministerium: Liegen diese neuen und abgespeckten Pläne vor? Wir vermuten, dass es so ist. Gibt es einen neuen Plan, der den Vorgaben des Umweltausschusses entspricht? Sollte das der Fall sein, erwarten wir umgehend den in unserem Antrag geforderten Bericht und dann natürlich auch eine zügige Verwirklichung dieses Konzepts.

Sind wir doch einmal ganz ehrlich: Was wären denn die Alternativen zu dieser Station? Ich kenne keine. Deshalb bitte ich heute das Plenum: Stimmen Sie unserem Antrag zu. Stimmen Sie für den Erhalt der Reptilienauffangstation. Lassen Sie diese wichtige Einrichtung nicht sterben!

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD – Susann Biedefeld (SPD): Es bringen doch bitte alle künftig die Tiere in die Staatskanzlei!)

Zwischenbemerkung

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Kollege Flierl, ich würde vorschlagen, dass wir die drei Zwischenbemerkungen zusammenfassen. Dann kommen die Kollegen noch heim nach Franken. – Bitte schön, Frau Kollegin Steinberger, Sie haben das Wort.

Rosi Steinberger (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Kollege Flierl, Sie haben wunderbar ausgeführt, dass es nicht reicht, wenn man immer nur dankt und sagt: Ihr habt es gut gemacht. Wenn es ans Eingemachte geht, muss man auch bei der Finanzierung helfen. Das reicht nicht. Das haben Sie am Anfang Ihrer Ausführungen gesagt. Am Schluss haben Sie dann aber wieder genau das Gleiche gemacht, was von vornherein angedeutet worden war.

Sie haben gesagt, es gebe Alternativen. Vielleicht nennen Sie diese Alternativen. Sie haben gesagt, man muss dem Verein helfen – er ist nämlich wichtig –, aber es darf nicht viel kosten. Dem Antrag,

den wir im Umweltausschuss mit einer Maßgabe gestellt haben, wollen Sie stattgeben. Das heißt, wenn es neue Vorschläge des Tierheims mit deutlich reduzierten Kosten gibt, soll ein Konzept erarbeitet werden. Ich möchte, dass Sie dem zustimmen und das zusagen.

Ich hätte auch gern ein Wort von der Frau Ministerin gehört: Wie wollen Sie den dauerhaften Bestand dieser wichtigen Station sichern? – Nach dem, was Sie heute gesagt haben, ergibt sich für mich der Schluss: Sie machen eine gute Arbeit, aber es darf nicht viel kosten. Sie suchen nach Alternativen. Nennen Sie uns die Alternativen, und nennen Sie uns einen Zeitplan, wie es mit dem Verein weitergehen soll; denn lange halten die Leute da draußen nicht mehr aus, und dann wird zugesperrt. Dann aber wird etwas los sein; das kann ich Ihnen versprechen.

(Beifall bei den GRÜNEN)